

KOPIE

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Konsistorium · Die Pröpstin · Postfach 35 09 54 · 10218 Berlin

Ministerium für Wirtschaft und Europaange-
legenheiten des Landes Brandenburg
Herrn Minister Christoffers
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

**Konsistorium
Die Pröpstin**

Friederike von Kirchbach

Georgenkirchstraße 69
10249 Berlin

Telefon 030 · 2 43 44 - 270
Fax 030 · 2 43 44 - 272
f.vonkirchbach@ekbo.de
www.ekbo.de

Gz. 2.1

Berlin, den 3. Februar 2012

Stellungnahme zum Energiestrategieentwurf 2030 Ihr Schreiben vom 10. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Minister,

wir danken für die Gelegenheit einer Stellungnahme zum Energiestrategieentwurf 2030 Ihres Hauses, die wir mit diesem Schreiben grundsätzlich gern wahrnehmen.

Es ist Ihnen sicher bewusst, dass es in dieser kurzen Zeit nicht möglich ist, das vorliegende Konzept in seiner Komplexität und Tragweite angemessen würdigen und mit den kirchenleitenden Gremien ausreichend abstimmen zu können.

Deswegen können wir lediglich auf einige grundsätzliche Punkte eingehen.

Grundsätzlich begrüßen wir die Weiterentwicklung der Energiestrategie des Landes Brandenburg, die eine immer weiter zunehmende Schwerpunktverlagerung hin zu erneuerbaren Energien vorsieht und dabei konventionelle Energiegewinnungsarten als Brückentechnologien betrachtet. Sowohl die hochgesteckten Ziele im Bereich des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergiemix, als auch die angepeilte Schadstoffemissionsreduzierung verlangen ein konsequentes Handeln. Wir sehen die Anstrengung der Landesregierung Brandenburg, die mit der wiederholten Auszeichnung mit dem „Leitstern für erneuerbare Energien“ gewürdigt wurden.

Wie Sie in Ihrem Energiestrategieentwurf erläutern verändert sich das vierpolige Spannungsfeld von Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Akzeptanz derzeit rapide. Entsprechend differenziert ist auch die Beschlusslage unserer Kirche zu Themen wie die Braunkohleverstromung und die CCS-Technologie.

Wie Ihnen bekannt ist, hat es in dieser Angelegenheit in den Jahren von 2008 an eine mehrfache Befassung unserer Landessynode gegeben. Auf der 2. Tagung der 3. Landessynode von Mai 2009 hat die Landessynode wie folgt beschlossen:

„Die Landessynode ist sich ihrer politischen und seelsorgerlichen Verantwortung gegenüber allen Betroffenen bewusst. [...] Sie weiß sich dem biblischen Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Die Bewahrung der Schöpfung schließt die Förderung technischer Innovationen und ihrer Umsetzung im Interesse eines ökologisch nachhaltigen Umgangs mit Energie ein. In Verantwortung für die nächste Generation und für die Schöpfung empfiehlt die Landessynode den Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in der Lausitz.“

Ferner hat sie die Empfehlungen der Steuerungsgruppe „Braunkohle“ mit großer Mehrheit übernommen, in denen es heißt:

„Der Braunkohleabbau in der Lausitz ist nicht nur ein regionales Problem. Unser Zusammenleben umwelt- und sozialverträglich zu gestalten ist unser gemeinsames Anliegen in der Landeskirche. Dies bedeutet auch, dass wir uns nicht gegenseitig Verantwortungslosigkeit und den Willen zur Katastrophe unterstellen. [...] Die Kirchenleitung erwartet, dass vor Ort eine transparente Darstellung der Risiken und Notwendigkeiten der Braunkohleverstromung erfolgt. [...] Die Kirchenleitung erkennt ihre Aufgabe an, die Tradition und Kultur der Sorben (Wenden) im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu fördern und zu unterstützen. [...] Die Kirchenleitung bittet die politisch Verantwortlichen, den Strukturwandel in der Lausitz zu fördern.“

Bei der weiteren Befassung der Landessynode mit der Frage der CCS-Technologie im Oktober 2010 wurde beschlossen:

„Angesichts vorhandener Prognosen, denen zufolge es bis 2050 in Deutschland möglich ist, eine vollständige Umstellung auf regenerative Energiequellen zu erreichen, befürchten wir [...], dass eine Entscheidung für die Verlängerung der Braunkohleverstromung durch CCS-Technologie eine Weichenstellung in die falsche Richtung wäre. Wir bezweifeln, dass die CCS-Technologie eine tragfähige „Brückentechnologie“ darstellt.“

Die EKBO plädiert somit für einen aktiv und konsequent betriebenen Übergang zu ökologisch verträglicheren und nachhaltigeren Energiegewinnungsarten in der Region unter Abwägung aller erkennbaren Interessen und Bezüge, wie sie das genannte Spannungsfeld umreißt. Das heißt konkret: Die Nutzung bereits bestehender Braunkohletagebaue bis zur Auskohlung (also nach gegenwärtigen Schätzungen bis etwa zum Jahr 2040) wäre für uns vorstellbar. Arbeitsplätze würden so erhalten, wirtschaftliche Interessen berücksichtigt. Vor einer Entscheidung für oder gegen die Erschließung neuer Teilabschnitte oder den Bau eines neuen Braunkohlekraftwerks müssen unserer Auffassung nach folgende kritische Fragen geprüft und glaubwürdig beantwortet werden: Wie ist der „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Braunkohleverstromung mittel- und langfristig geplant? Wie wird der notwendige Strukturwandel der Lausitz hin zu einer Region, die ohne Braunkohleverstromung lebensfähig ist, am effektivsten unterstützt? Wie wird möglichen Investoren im Bereich erneuerbarer Energien Planungssicherheit geboten? Wie werden die bekannten soziokulturellen Verwerfungen und psychischen Belastungen in der Region bei der jeweiligen Entscheidung aufgefangen? Auf welche Weise kann die derzeitige Umweltbelastung am wirkungsvollsten reduziert werden?

Wir erkennen dankbar an, dass der Strukturwandel heute schon durch die Landesregierung aktiv durch gezielte Investitionen im Bereich alternativer Energieträger vorangetrieben wird. Wir können allerdings noch nicht erkennen, dass in dem Energiestrategieentwurf 2030 die genannten Fragen ausreichend beantwortet sind und halten deswegen weitere Prüfungsverfahren für notwendig.

Abschließend weisen wir nochmals darauf hin, dass die Kürze der Stellungnahmefrist uns keine vertiefte Auseinandersetzung ermöglicht hat und geben Folgendes zu bedenken: Angesichts der Betrachtung umweltrelevanter Ereignisse in Deutschland und weltweit, sowie der daraufhin in Gang gesetzten Diskussion in Politik und Gesellschaft legt sich der Schluss nahe, dass innerhalb des Spannungsfeldes für die Energiestrategie das Kriterium der Akzeptanz zunehmend an Bedeutung und damit auch an Einfluss auf die übrigen Kriterien gewinnt. Umso wichtiger scheint uns daher das Bemühen um fruchtbare Kommunikation auf allen Ebenen, auf denen Öffentlichkeit hergestellt wird, um die gestellten hohen umweltpolitischen und versorgungstechnischen Ziele auf einer breiten Basis auch wirklich erreichen zu können.

In diesem Sinne beschloss die Landessynode am 29. Oktober 2010:

„Wir setzen uns weiterhin für eine transparente Diskussion ein und bieten unsere Mithilfe in der Moderation von Gesprächen an. Besonders unterstützen wir Gespräche, die das Nachdenken über die Zukunft der Lausitz als Industrieregion ohne Braunkohletagebau fördern. Wir wollen auch weiterhin den Bewohnerinnen und Bewohnern der Braunkohleregionen [...] durch Seelsorge, Beratung und begleitende Hilfen zur Seite stehen.“

Die Vermittlung solcher Kommunikation auch in schwierigen Konstellationen bieten wir gern an.

Mit freundlichen Grüßen



Friederike von Kirchbach
Pröpstin